

1c. Bewerbungsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Vorbemerkungen	3
Genderhinweis	3
I. Allgemeine Informationen	3
I.1 Vergabeunterlagen	3
I.2 Auftraggeberin	4
I.3 Einschlägige Rechtsvorschriften	4
I.4 Verfahrensart	4
I.5 Ablauf des Verfahrens	5
I.6 Auftragsgegenstand	6
I.7 Leistungsort	6
I.8 Losweise Vergabe und Nebenangebote	6
I.9 Stufenweise Beauftragung	6
I.10 Sprache	6
I.11 Bieterfragen und Hinweise zu Unklarheiten	6
I.12 Nachprüfungsbehörde	7
I.13 Einlegung von Rechtsbehelfen	7
II. Bedingungen für die Einreichung des Teilnahmeantrags und des Angebots	7
II.1 Form	8
II.2 Fristen	9
II.2.1 Teilnahmefrist	9
II.2.2 Angebotsfrist für das Angebot	9
II.2.3 Termine für freiwillige Ortsbesichtigungen	9
II.2.4 Zuschlagsfrist/Bindefrist	10
II.2.5 Ausführungszeiten	10
II.3 Inhalt der Teilnahmeanträge	10
II.3.1 Allgemeines	10
II.3.2 Nachweis der Eignung	11
II.3.3 Besonderheiten bei Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften im Sinne von § 43 Abs. 2 VgV	12
II.3.4 Besonderheiten beim Einsatz von Nachunternehmern im Sinne von § 36 VgV	12
II.3.5 Besonderheiten bei Eignungsleihe im Sinne von § 47 VgV	13

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

II.3.6 Inhalt der Angebote	14
II.4. Zusätzliche Bedingungen	15
II.4.1 Keine Kostenerstattung für die Angebotserstellung.....	15
II.4.2 Kostenlose Bereitstellung der Vergabeunterlagen	15
II.4.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen.....	15
II.4.4 Datenschutz.....	15
II.4.5 Urheberrechte und Nutzung	15
III. Eignungskriterien und Bewertung der Teilnahmeanträge.....	15
III.1 Ausschlusskriterien.....	16
III.2. Wertungsrelevante Eignungskriterien.....	17
III.3 Auswahl der Bewerber	18
IV. Zuschlagskriterien und Angebotswertung	19
IV.1 Zuschlagskriterien	19
IV.2 Ausschluss von Angeboten von der Wertung	19

Vorbemerkungen

Dieses Dokument „1c. Bewerbungsbedingungen“ (nachfolgend nur „Bewerbungsbedingungen“) enthält gemäß § 29 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) die Einzelheiten zur Durchführung des Vergabeverfahrens „Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS) einschließlich Binnenhafen Wittenberge“ einschließlich der Angaben der Eignungs- und Zuschlagskriterien sowie die Regeln zu deren Bewertung. Bitte **lesen Sie** die Bewerbungsbedingungen und die weiteren unter **Ziff. I. 1.** dieser Bewerbungsbedingungen aufgeführten Vergabeunterlagen daher im eigenen Interesse **sorgfältig durch** und beachten Sie die darin enthaltenen Vorgaben bei der Abgabe des Teilnahmeantrags und des Angebots, um negative **verfahrensrechtliche Konsequenzen** im Falle einer Nichtbeachtung **zu vermeiden**.

Die Bewerbungsbedingungen verbleiben beim Bewerber und sind den einzureichenden Teilnahmeantrags- und Angebotsunterlagen nicht beizufügen! Die vom Bewerber einzureichenden, auftraggeberseitig überwiegend in Formblättern bereitgestellten Unterlagen sind auf der Vergabeplattform „Vergabemarktplatz Brandenburg“ zusammengestellt. Sofern darüber hinaus weitere Unterlagen ohne Verwendung auftraggeberseitig vorgegebener Formblätter einzureichen sind, ist dies in der Auftragsbekanntmachung, in diesen Bewerbungsbedingungen oder den weiteren Vergabeunterlagen ausdrücklich angegeben.

Genderhinweis

Bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern wird in den vorliegenden Vergabeunterlagen teilweise die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe sind im Sinne der Gleichbehandlung geschlechtsspezifisch neutral gemeint. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

I. Allgemeine Informationen

I.1 Vergabeunterlagen

Die bereitgestellten Vergabeunterlagen sind wie folgt gegliedert:

1. Verzeichnis: „Anschreiben“	1a. Anschreiben 1b. Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags 1c. Bewerbungsbedingungen 1d. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots für die ausgewählten Bewerber
2. Verzeichnis: „Leistungsbeschreibung“	2. Rahmenbedingungen und Leistungsbeschreibung nebst dort genannten Anlagen
3. Verzeichnis: „Vom Unternehmen“	3a-1. Teilnahmeantrag 3a-2. Eigenerklärung

Stadt Wittenberge
 Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
 einschließlich Binnenhafen Wittenberge
 Vergabenummer: 60-D-12-26

auszufüllende Dokumente“	3a-3. Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz zwischen Bewerber und Auftraggeber 3a-4 Vereinbarung zwischen dem Bewerber/Auftragnehmer/Nachunternehmer /Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz 3a-5. Referenzbogen 3a-6. Bewerbungsgemeinschaftserklärung 3a-7. Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe 3a-8. Verpflichtungserklärung bei Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe 3a-9. Eigenerklärung Russlandsanktionen
	3b-1. Angebotsschreiben 3b-2. Preisblatt 3b-3. Erklärung zu den Erfahrungen des mit der Ausführung betrauten Personals
4. Verzeichnis: „Vertragsbedingungen“	4. Betriebsführungsvertrag nebst dort genannter Anlagen

I.2 Auftraggeberin

Der Auftrag wird vergeben durch die

Stadt Wittenberge
 Der Bürgermeister
 August-Bebel-Str. 10
 19322 Wittenberge

I.3 Einschlägige Rechtsvorschriften

Auf das Vergabeverfahren finden folgende Rechtsvorschriften Anwendung:

- das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
- die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
- Brandenburgisches Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Brandenburgisches Vergabegesetz – BbgVergG),

jeweils in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung geltenden Fassung.

I.4 Verfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als nicht Nichtoffenes Verfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 16 VgV durchgeführt, bei dem eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert wird (1. Stufe). Nur diejenigen Unternehmen, die im

Teilnahmewettbewerb ausgewählt worden sind, werden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert (2. Stufe).

I.5 Ablauf des Verfahrens

Der Ablauf des Verfahrens ist in folgenden Schritten geplant:

1. Schritt: Die Auftraggeberin hat die beabsichtigte Vergabe der hier ausgeschriebenen Leistungen öffentlich im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union bekanntgemacht und eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert.
2. Schritt: Nach dem Tag der Absendung der Auftragsbekanntmachung läuft eine Frist von 30 Kalendertagen, innerhalb der Interessenten einen Teilnahmeantrag abgeben können. Für den Teilnahmeantrag sind die im 3. Verzeichnis „Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente“ auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg bereitgestellten Unterlagen mit den Dokumentenbezeichnungen **3a-1. bis 3a-9.** zu verwenden. Das exakte Fristende ist **Ziff. II. 2.1** dieser Bewerbungsbedingungen zu entnehmen. Die Anforderungen in Bezug auf den Inhalt des Teilnahmeantrags ergeben sich aus **Ziff. II. 3.** dieser Bewerbungsbedingungen.
3. Schritt: Nach Ablauf der Teilnahmefrist werden die fristgerecht eingereichten Teilnahmeanträge ohne Beisein der Bewerber von mindestens zwei Vertretern der Auftraggeberin über den Vergabemarktplatz Brandenburg geöffnet bzw. eingesehen. Danach wird die Auftraggeberin die eingegangenen Teilnahmeanträge auswerten und anhand der aufgestellten Eignungskriterien bewerten. Nicht ausgewählte Unternehmen erhalten eine schriftliche Benachrichtigung, dass und warum ihr Teilnahmeantrag nicht berücksichtigt worden ist.
4. Schritt: Im Anschluss daran wird die Auftraggeberin mindestens fünf Bewerber zur Abgabe eines Angebots innerhalb einer Frist von 40 Kalendertagen nach dem Datum der Absendung dieser Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes auffordern. Zu diesem Zweck werden die ausgewählten Bewerber die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots erhalten. Diese Aufforderung zur Abgabe eines Angebots mit der aktuellen Angebotsfrist samt ggf. in Bezug auf die Fristen aktualisierter Angebotsunterlagen, die für die Angebotserstellung zu verwenden sind, finden sich auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg im 1. Verzeichnis und die Formblätter für das Angebot im 3. Verzeichnis mit den Dokumentenbezeichnungen **3b-1 bis 3b-3.** Mit Angebotsabgabe wird aus dem Bewerber ein Bieter. Die Anforderungen in Bezug auf den Inhalt des Angebots, ergeben sich aus **Ziff. II. 4.** dieser Bewerbungsbedingungen.

Die Auftraggeberin bietet den Bewerber während der Angebotsfrist (also erst nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs im 3. Schritt) die Möglichkeit an, das Gelände des der IHBW zu besichtigen. Es wird geraten, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und sich vor Ort ein Bild von den Gegebenheiten zu verschaffen. Bewerber, die nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, können sich später nicht darauf berufen, bestimmte Gegebenheiten, die sie vor Ort erkennen konnten, nicht bei ihrem Angebot berücksichtigt zu haben. Die Teilnahme an einer Ortsbesichtigung ist nicht verpflichtend und wirkt sich ebenso wie ein Verzicht auf eine Ortsbesichtigung nicht auf die Angebotswertung aus. Für weitere Details zur Terminvereinbarung und zu den vorgesehenen Terminen für Ortsbesichtigungen siehe **Ziff. II. 2.3** dieser Bewerbungsbedingungen.

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

5. Schritt: Nach Ablauf der Angebotsfrist werden die fristgerecht eingereichten Angebote ohne Beisein der Bieter von mindestens zwei Vertretern der Auftraggeberin über den Vergabemarktplatz Brandenburg geöffnet bzw. eingesehen. Im Anschluss an die Auswertung und Bewertung der Angebote wird die Auftraggeberin auf der Grundlage der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien die Vergabeentscheidung treffen.

Die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden rechtzeitig vor der Zuschlagserteilung gemäß § 134 GWB informiert. Der Vertragsschluss mit der für eine Zuschlagserteilung vorgesehenen Bieter erfolgt frühestens 10 Kalendertage nach Absendung dieser Information, die den nicht für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Bieter auf elektronischem Weg über den Vergabemarktplatz Brandenburg übermittelt wird.

I.6 Auftragsgegenstand

Auftragsgegenstand ist die Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS) einschließlich Binnenhafen Wittenberge.

Einzelheiten ergeben sich aus dem Dokument „2. Rahmenbedingungen und Leistungsbeschreibung“ (im 2. Verzeichnis „Leistungsbeschreibung“ auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg) i.V.m. dem Betriebsführungsvertrag und seinen Anlagen (im 4. Verzeichnis „Vertragsbedingungen“ auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg).

I.7 Leistungsort

Der Leistungsort ist die Stadt Wittenberge.

I.8 Losweise Vergabe und Nebenangebote

Der Auftrag wird als Betriebsführungsvertrag ohne Losaufteilung vergeben.
Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

I.9 Stufenweise Beauftragung

Es erfolgt keine stufenweise Beauftragung.

I.10 Sprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Jegliche Kommunikation im Zusammenhang mit der Ausschreibung und Leistungsausführung wird in deutscher Sprache geführt.

I.11 Bieterfragen und Hinweise zu Unklarheiten

Die Interessenten haben sich unmittelbar nach Abruf der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

zu vergewissern. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Interessenten Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, wird um einen unverzüglichen Hinweis an die Auftraggeberin in Textform gebeten. Ungeachtet dessen gelten die gesetzlichen Fristvorgaben für Rügen aus § 160 Abs. 3 GWB.

Fragen **während des Teilnahmewettbewerbs** können bis zum 19.06.2026, 10:00 Uhr ausschließlich in Textform nach § 126 b BGB mithilfe elektronischer Mittel an die Auftraggeberin gerichtet werden.

Fragen **während der Angebotsphase** vor Abgabe des Angebotes können bis zum 21.07.2026, 10:00 Uhr, auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg ausschließlich in Textform an die Auftraggeberin gerichtet werden. Dieses Fristende wird als Datum in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes noch ausdrücklich bezeichnet.

Hinweise und Fragen können nach § 9 Abs. 1 VgV **ausschließlich über den Vergabemarktplatz Brandenburg** gestellt werden. Alle eingegangenen Fragen (anonymisiert) und Antworten werden auf dieser Vergabeplattform eingestellt. Auch zu Hinweisen oder Rügen von Bewerbern bzw. Bieter wird die Auftraggeberin jeweils unter anonymisierter Wiedergabe des Hinweises/der Rüge so verfahren. Gleiches gilt für etwaige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen. Alle Interessenten sind gehalten, sich durch regelmäßigen Aufruf vorgenannter Internetpräsenz über die dort veröffentlichten Informationen zu diesem Ausschreibungsverfahren zu unterrichten. Eine gesonderte Benachrichtigung durch die Auftraggeberin über erfolgte Einstellungen auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg an nicht nach § 9 Abs. 3 Satz 1 VgV registrierte Bewerber bzw. Bieter erfolgt nicht.

I.12 Nachprüfungsbehörde

Die zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammer des Landes Brandenburg
beim Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Fax: + 49 331 866 1652

Internetseite: <http://mwe.brandenburg.de/de/vergabekammer/bb1.c.482109.de/#>

I.13 Einlegung von Rechtsbehelfen

Verstöße gegen Vergabevorschriften sind nach Maßgabe von § 160 Abs. 3 GWB gegenüber der Auftraggeberin zu rügen. Teilt die Auftraggeberin mit, einer Rüge nicht abzuweichen, kann innerhalb von 15 Kalendertagen ab Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin ein schriftlicher Nachprüfungsantrag (§ 161 GWB) bei der unter Ziff. I. 12. dieser Bewerbungsbedingungen genannten Nachprüfungsbehörde gestellt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

II. Bedingungen für die Einreichung des Teilnahmeantrags und des Angebots

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

Für die Einreichung des Teilnahmeantrags und eines Angebotes gelten die nachfolgenden Bedingungen:

II.1 Form

Der Teilnahmeantrag und das Angebot können nach § 53 Abs. 1 VgV **nur in Textform nach § 126 b BGB mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV** abgegeben werden. Für die elektronische Übermittlung des Teilnahmeantrags und des Angebots ist der Vergabemarktplatz Brandenburg (<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/company/welcome.do>) zu verwenden. Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind an den entsprechend gekennzeichneten Stellen mit vollständigem Namen der natürlichen Person, die den Teilnahmeantrag/das Angebot elektronisch übermittelt, und Datum zu versehen. Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags bzw. Angebots durch eine juristische Person muss der Auftraggeberin die Vertretungsberechtigung nachgewiesen werden, wenn die den Teilnahmeantrag oder das Angebot übermittelnde natürliche Person nicht alleinvertretungsberechtigt ist. Für Bieterfragen und Hinweise zu Unklarheiten gilt **Ziff. I. 11.** dieser Bewerbungsbedingungen.

Für den Teilnahmeantrag und das Angebot sind die von der Auftraggeberin auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg im 3. Verzeichnis „Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente“ **bereitgestellten Unterlagen zu verwenden.**

Für den

- **Teilnahmeantrag** sind dies die Unterlagen mit den Bezeichnungen **3a-1 bis 3a-9**;
- für das **Angebot** sind dies die Unterlagen mit den Bezeichnungen **3b-1 bis 3b-3 einschließlich der dort genannten weiteren Unterlagen**. Sie werden auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg wegen der Vorgabe des § 41 Abs. 1 VgV bereits vor Beendigung des Teilnahmewettbewerbs bereitgestellt.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Sie haben nach § 57 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 VgV den Ausschluss zur Folge. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bewerber bzw. Bieter dürfen nicht beigelegt oder dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot anderweitig zugrunde gelegt werden.

Hinweis: Bitte achten Sie darauf, dass keine Dateivorlagen verwendet werden, welche mit allgemeinen Geschäftsbedingungen bedruckt sind/anderweitig auf allgemeine Geschäftsbedingungen verweisen.

Der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot muss vollständig sein – also sämtliche in der Auftragsbekanntmachung und den Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise enthalten – und ist in einem gängigen Format, wie PDF, einzureichen.

Die geforderten Nachweise dürfen, sofern nichts anderes angegeben ist, zum Zeitpunkt des Ablaufs der **Teilnahmefrist nicht älter als ein Jahr** sein. Die Nachweise sind in Kopie in einem gängigen Format, wie PDF, einzureichen; die Auftraggeberin behält sich jedoch vor, zur Prüfung die Nachreichung von Originalen zu fordern.

Für die Nachforderung von Informationen und Unterlagen gilt § 56 VgV. Es wird darauf hingewiesen, dass insbesondere sämtliche Unterlagen, die in den **Ziff. III. 1.1) bis III. 1.3)** der Auftragsbekanntmachung aufgeführt sind, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind.

Die Teilnahmeanträge und Angebote müssen vor Ablauf der unter Ziff. II. 2.1. bzw. II. 2.2. dieser Bewerbungsbedingungen angegebenen Fristen über den Vergabemarktplatz Brandenburg bei der Auftraggeberin auf elektronischem Wege eingehen.

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen der Teilnahmeanträge bzw. Angebote, die nur bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist (**siehe Ziff. II. 2.1 bzw. II. 2.2** dieser Bewerbungsbedingungen) zulässig sind, sind in gleicher Weise wie die abgegebenen Teilnahmeanträge bzw. Angebote zu behandeln und einzureichen. Etwaige nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen müssen für die Auftraggeberin zweifelsfrei sein, Unklarheiten gehen zu Lasten des Bewerbers bzw. Bieters.

II.2 Fristen

Für die Wahrung von Fristen, insbesondere der Teilnahme- und Angebotsfrist, ist der Zeitpunkt des Zugangs über den Vergabemarktplatz Brandenburg bei der unter **Ziff. I. 2.** dieser Bewerbungsbedingungen benannten Stelle maßgeblich.

II.2.1 Teilnahmefrist

Die Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags über den Vergabemarktplatz Brandenburg gemäß **Ziff. II. 1.** dieser Bewerbungsbedingungen (Teilnahmefrist) endet mit Ablauf des

03.07.2026 um 10:00 Uhr.

Teilnahmeanträge, die nicht bis zum Ablauf der Teilnahmefrist über den Vergabemarktplatz Brandenburg eingegangen sind, werden **nicht berücksichtigt.**

II.2.2 Angebotsfrist für das Angebot

Die Frist für die Einreichung des Angebots über den Vergabemarktplatz Brandenburg gemäß **Ziff. II. 1.** der Bewerbungsbedingungen (Angebotsfrist) endet voraussichtlich mit Ablauf des

12.08.2026 um 10:00 Uhr.

Die verbindliche Angebotsfrist wird den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber in der Aufforderung zur Angebotsangabe mitgeteilt.

Angebote, die nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist über den Vergabemarktplatz Brandenburg eingegangen sind, werden **nicht berücksichtigt.**

II.2.3 Termine für freiwillige Ortsbesichtigungen

Die Auftraggeberin bietet nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs den ausgewählten Bewerbern im Rahmen der Angebotserstellung die Möglichkeit an, die Anlage zu besichtigen. Die Besichtigungen finden nach Voranmeldung mit jedem ausgewählten Bewerber einzeln voraussichtlich im Zeitraum vom **13.–17.07.2026** statt.

Eine Anmeldung für eine Ortsbesichtigung kann voraussichtlich bis zum

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

10.07.2026, 10.00 Uhr

in **Textform über das Kommunikationstool** des Vergabemarktplatzes Brandenburg erfolgen. Es sollten drei Terminvorschläge innerhalb des Besichtigungszeitraums gemacht werden. Eine Terminbestätigung durch die Auftraggeberin erfolgt spätestens an dem Eingang der Anmeldung folgenden Arbeitstag (Montag bis Freitag). Kann keinem Terminvorschlag entsprochen werden, bestimmt die Auftraggeberin einen möglichen Besichtigungstermin.

II.2.4 Zuschlagsfrist/Bindefrist

Der Zuschlag für das Angebot, mit dem der Auftrag erteilt wird (Auftragserteilung), erfolgt spätestens am

09.10.2026

Bis zum Ablauf dieser Frist ist der Bieter an ihr Angebot gebunden (Zuschlags- und Bindefrist).

II.2.5 Ausführungszeiten

Mit dem Betrieb soll **01.01.2027** begonnen werden. Die Laufzeit des zu schließenden Vertrags beträgt fünf Jahre und **endet am 31.12.2031**. Der Auftraggeber hat das Recht, den Betriebsführungsvertrag über den 31.12.2031 hinaus um ein Jahr bis maximal fünf Jahre zu verlängern. Die Verlängerungsoption kann für ein Jahr oder einen längeren Zeitraum ausgeübt werden.

II.3 Inhalt der Teilnahmeanträge

II.3.1 Allgemeines

Der Teilnahmeantrag muss unter Verwendung der von der Auftraggeberin auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg in dem 3. Verzeichnis „Vom Unternehmen auszufüllende Unterlagen“ bereitgestellten Formulare mit den Bezeichnungen **3a-1 bis 3a-9 vollständig ausgefüllt und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle mit vollständigem Namen des Erklärenden und Datum zu versehen** sein. Der Teilnahmeantrag muss die geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten. Alle Angaben müssen unveränderbar und dauerhaft in den Teilnahmeantrag eingetragen werden.

Der Teilnahmeantrag muss **zwingend** die nachfolgenden Unterlagen und Erklärungen enthalten:

1. den vollständig ausgefüllten und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle mit vollständigem Namen der/des Erklärenden und Datum versehenen **Teilnahmeantrag (Dokument 3a-1)**;
2. die vollständig ausgefüllte und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle unterzeichnete und mit Datum versehene **Eigenerklärung** - ggf. durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft und Nachunternehmen, deren Leistungsfähigkeit sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung bedient – (**Dokument 3a-2**) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gemäß § 50 VgV;

3. die „Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz“ (**Dokument 3a-3**);
4. die vollständig ausgefüllten Referenzbögen – einen Bogen je **Referenz** – (**Dokument 3a-5**);
5. die vollständig ausgefüllte und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle mit vollständigem Namen der/des Erklärenden und Datum versehene **Eigenerklärung Russlandsanktionen** – (**Dokument 3a9**);
6. den Nachweis über das Bestehen einer **Berufshaftpflichtversicherung** – ggf. durch jedes Mitglied der Bergwerksgemeinschaft – mit Mindestdeckungssummen in der nach **Ziff. III.1.2** der Auftragsbekanntmachung und **Ziff. III. 1.** dieser Bewerbungsbedingungen angegebenen Höhe, im Falle einer Unterschreitung der geforderten Mindestdeckungssummen außerdem eine Bestätigung der Versicherung über die Erhöhung der Mindestdeckungssummen einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall;
7. bei entsprechender Eintragung ein Auszug aus dem jeweiligen **Berufsregister** und/oder ein **Auszug aus dem Handelsregister**
8. **Nachweise** über die in der Eigenerklärung (Dokument 3a-2) angegebenen Jahresumsätze und das abgeschlossene Hochschulstudium/die abgeschlossene Ausbildung für die Mitarbeitenden mit der Befähigung als Eisenbahnbetriebsleiter gemäß der Eisenbahnbetriebsleiter-Verordnung

Im Einzelfall kann die Einreichung **weiterer Unterlagen oder Erklärungen** mit dem Teilnahmeantrag erforderlich sein. Darauf wird gegebenenfalls gesondert in diesen Bewerbungsbedingungen (siehe **Ziff. II. 3.3 bis II. 3.5**) oder in den im 3. Verzeichnis „Vom Unternehmen auszufüllende Unterlagen“ auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg bereitgestellten Formularen mit der Dokumentenbezeichnung **3a-1. bis 3a-9** hingewiesen.

II.3.2 Nachweis der Eignung

Für die Bewertung der Eignung gelten die unter **Ziff. III.** der Auftragsbekanntmachung angegebenen Kriterien. Zum Nachweis ihrer Eignung haben die Bewerber für die zu vergebende Leistung mit dem Teilnahmeantrag

- entweder die in der Auftragsbekanntmachung und diesen Bewerbungsbedingungen geforderten Angaben und Unterlagen (insbesondere die Eigenerklärung gemäß Formblatt mit der Dokumentenbezeichnung **3a-2**)
- oder eine EEE gemäß § 50 VgV als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Eine bereits bei einer früheren Auftragsvergabe verwendete EEE kann wiederverwendet werden, sofern die Bewerber bestätigt, dass die darin enthaltenen Informationen weiterhin zutreffend sind (§ 50 Abs. 2 Satz 1 VgV).

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Ist ein Bewerber in dem Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (Präqualifizierungsdatenbank AVPQ) oder in einem Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge (ULV) registriert, werden die dort enthaltenen und geprüften Unterlagen als

Nachweise akzeptiert, wenn das Einverständnis zur Einsicht in dem Formblatt „Eigenerklärung“ mit der Dokumentenbezeichnung **3a-2** erteilt wurde.

II.3.3 Besonderheiten bei Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften im Sinne von § 43 Abs. 2 VgV

Die Teilnahme und Angebotsabgabe als Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ist zugelassen.

Sofern eine Bietergemeinschaft den Auftrag erhält, haften die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB muss für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vollständig belegt sein. Die Leistungsfähigkeit und Fachkunde muss für die Bewerbergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden, d. h. hier werden die vorgelegten Nachweise der einzelnen Mitglieder insgesamt bewertet.

Vorgaben für den Teilnahmeantrag bei Bewerbung als Bewerbergemeinschaft:

- Die Teilnahme als Bewerbergemeinschaft ist in dem Teilnahmeantrag (**Dokument 3a-1**) an der dafür vorgesehenen Stelle entsprechend kenntlich zu machen.
- Von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ist eine ausgefüllte und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle vom Erklärenden unterzeichnete und mit Datum versehene **Eigenerklärung (Dokument 3a2)** oder eine **EEE** gemäß § 50 VgV mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.
- Ferner ist mit dem Teilnahmeantrag die ausgefüllte und von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft an der entsprechend gekennzeichneten Stelle unterzeichnete und mit Datum versehene **Bewerbergemeinschaftserklärung (Dokument 3a-6)** einzureichen, in der die Mitglieder und der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft benannt werden und erklärt wird, dass die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften.

II.3.4 Besonderheiten beim Einsatz von Nachunternehmern im Sinne von § 36 VgV

Die Beauftragung von Nachunternehmern ist zugelassen.

Der Bewerber hat in dem Teilnahmeantrag anzugeben, ob und gegebenenfalls für welche Leistungsbereiche und in welchem Umfang sie beabsichtigt, Nachunternehmer einzusetzen. Für die Nachunternehmer gelten hinsichtlich der Eignung dieselben Anforderungen wie für den Bewerber selbst. Die Auftraggeberin behält sich vor, nach § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV vor Zuschlagserteilung von den Bietern, die in die engere Wahl kommen, die Benennung der Nachunternehmer, deren Eigenerklärungen sowie die Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestvorgaben nach dem BbgVergG für Nachunternehmer und andere Unternehmen nachzufordern. Die Auftraggeberin wird gemäß § 36 Abs. 5 Satz 1 VgV vor Zuschlagserteilung prüfen, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe (§ 123 GWB) wird die Auftraggeberin die Ersetzung des Nachunternehmers verlangen. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe (§ 124 GWB) wird die Auftraggeberin nach freiem Ermessen über das Verlangen der Ersetzung entscheiden.

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

Zusätzliche Vorgaben für den **Teilnahmeantrag** bei beabsichtigter Beauftragung von Nachunternehmern für Teile der Leistung:

- Die Teilnahme und Angebotsabgabe unter **beabsichtigtem Einsatz** von Nachunternehmern ist in dem Teilnahmeantrag (**Dokument 3a-1**) an der dafür vorgesehenen Stelle entsprechend kenntlich zu machen;
- Der Bewerber ist verpflichtet, den **Umfang der Nachunternehmerleistung** unter Verwendung der Erklärung beim Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe (**Dokument 3a-7**) zu benennen.

Auf Verlangen der Auftraggeberin ist der Bieter verpflichtet, **vor Zuschlagserteilung innerhalb von 7 Kalendertagen:**

- unter Verwendung desselben Formulars, der Erklärung beim Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe (**Dokument 3a-7**), nunmehr auch die für die einzelnen Leistungsteile vorgesehenen **Nachunternehmer zu benennen**;
- zum Nachweis **des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen** in der Person des Nachunternehmers von jedem Nachunternehmer eine **Eigenerklärung (Dokument 3a-2)** oder dessen EEE gemäß § 50 VgV vorzulegen;
- von jedem Nachunternehmer die **Verpflichtungserklärung** beim Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe (**Dokument 3a-8**) vorzulegen.

II.3.5 Besonderheiten bei Eignungsleihe im Sinne von § 47 VgV

Nach § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV besteht die Möglichkeit zur Eignungsleihe, d.h. die Möglichkeit zum Nachweis der beruflichen, technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, die Kapazitäten von sog. „anderen Unternehmen“ – das können auch die vorgesehenen Nachunternehmen sein – in Anspruch zu nehmen.

Der Bewerber hat in diesem Fall in seinen Teilnahmeantrag anzugeben, ob und gegebenenfalls für welche Leistungsbereiche und in welchem Umfang er beabsichtigt, die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen und diese zu benennen. Für diese anderen Unternehmen gelten hinsichtlich der Eignung dieselben Anforderungen wie für den Bewerber selbst: Es dürfen keine Ausschlussgründe vorliegen und das andere Unternehmen muss in Bezug auf den Gegenstand der Eignungsleihe leistungsfähig nach Maßgabe der Auftragsbekanntmachung sein.

Die Eignungsleihe ist nur möglich, wenn der Bewerber nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (§ 47 Abs. 1 Satz 1 VgV). Im Hinblick auf den Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit oder einschlägige berufliche Erfahrung ist eine Eignungsleihe von anderen Unternehmen nur möglich, wenn diese die Leistung erbringen, für die deren Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 Satz 3 VgV). Bei einer Eignungsleihe im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften (§ 47 Abs. 3 VgV).

Stadt Wittenberge
Technische Betriebsführung der öffentlichen Industrie- und Hafenbahn im Industriegebiet Süd (IGS)
einschließlich Binnenhafen Wittenberge
Vergabenummer: 60-D-12-26

Vorgaben für den **Teilnahmeantrag** bei beabsichtigtem Einsatz von anderen Unternehmen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit:

- Die Teilnahme und Angebotsabgabe unter **beabsichtigtem Einsatz** von anderen Unternehmen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit ist in dem Teilnahmeantrag (**Dokument 3a-1**) an der dafür vorgesehenen Stelle entsprechend kenntlich zu machen.
- Von jedem anderen Unternehmen, das der Bewerber zum Nachweis der Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt, ist eine **Eigenerklärung (Dokument 3a-2)** oder deren **EEE** gemäß § 50 VgV mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.
- Die vorgesehenen anderen **Unternehmen und der Umfang der Leistung**, zu deren Ausführung der Bewerber sich auf die Leistungsfähigkeit der anderen Unternehmen beruft, sind von den Bewerber in der Erklärung beim Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe (**Dokument 3a-7**) zu benennen.
- Von jedem anderen Unternehmen, das der Bewerber zum Nachweis der Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt, ist die **Verpflichtungserklärung** beim Einsatz von Nachunternehmern und/oder Eignungsleihe (**Dokument 3a-8**) vorzulegen.

II.3.6 Inhalt der Angebote

Das Angebot muss unter Verwendung des bereitgestellten Formulars mit der Dokumentenbezeichnung **3b-1 einschließlich der dort genannten weiteren Unterlagen** vollständig ausgefüllt und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle mit vollständigem Namen (leserlich) des Erklärenden und Datum versehen sein sowie die geforderten Erklärungen enthalten. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs erhalten alle Ausgewählten eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes mit der aktuellen Angebotsfrist samt ggf. in Bezug auf die Fristen aktualisierten Angebotsunterlagen, die für die Angebotserstellung zu verwenden.

Das Angebot muss **zwingend** die nachfolgenden Unterlagen und Erklärungen enthalten:

1. das ausgefüllte und an der entsprechend gekennzeichneten Stelle mit vollständigem Namen der das Angebot in Textform übermittelnden Person und Datum versehene **Angebotsschreiben (Dokument 3b-1)**,
2. das vollständig ausgefüllte Formular mit der Dokumentenbezeichnung **Angebotsblatt (Dokument 3b-2)**,
3. das vollständig ausgefüllte **Formblatt 3b-3**. Erklärung zu den Erfahrungen des mit der Ausführung betrauten Personals“ (**Dokument 3b-3**).

Die Auftraggeberin wird für den Bieter bzw. jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und jeden Nachunternehmer bzw. anderes Unternehmen des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhalten soll, eine Erklärung aus dem Wettbewerbsregister entsprechend der Verpflichtung in § 6 Abs. 1 Satz 1 Wettbewerbsregistergesetz – WregG einholen.

II.4. Zusätzliche Bedingungen

II.4.1 Keine Kostenerstattung für die Angebotserstellung

Kosten für das Bearbeiten und Einreichen des Angebots werden dem Bieter nicht erstattet.

II.4.2 Kostenlose Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen werden dem Bewerber kostenfrei bereitgestellt.

II.4.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Wird nach Vertragsabschluss nachgewiesen, dass sich der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Vergabe dieses Auftrags an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligt hat, kann die Auftraggeberin 5 % des jeweils angebotenen Gesamtnettopreises – die angebotenen Stundensätze bleiben hierbei unberücksichtigt – als pauschalen Schadensersatz verlangen. Die Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadens unter Anrechnung des pauschalen Schadensersatzes ist möglich.

II.4.4 Datenschutz

Jeder Bewerber erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihr mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden und nicht berücksichtigte Bieter der Name der erfolgreichen Bieters gemäß § 134 GWB mitgeteilt wird

II.4.5 Urheberrechte und Nutzung

Die mit dem Angebot eingereichten Unterlagen dürfen von der Auftraggeberin für eine Entscheidung über die Auftragsvergabe umfassend genutzt werden. Dies beinhaltet die Beteiligung aller Mitglieder von Gremien der Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Wittenberge.

III. Eignungskriterien und Bewertung der Teilnahmeanträge

Es ist beabsichtigt, maximal fünf Bewerber zur Abgabe von Angeboten aufzufordern. Die Auswahl der aufzufordernden Bewerber erfolgt anhand der in der Auftragsbekanntmachung und nachfolgend wiederholten Eignungskriterien. Dabei wird zwischen Eignungskriterien mit Mindestanforderungen, deren Nichterfüllung zum Ausschluss führt (**Ziff. III. 1.**), und Eignungskriterien mit Wertungsrelevanz (**Ziff. III. 2.**) unterschieden.

Sowohl in Bezug auf die Mindestanforderungen als auch auf die Eignungskriterien mit Wertungsrelevanz können nach Maßgabe von **Ziff. II. 3.3 und II. 3.5** dieser Bewerbungsbedingungen die Kapazitäten der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sowie von Nachunternehmern und anderen Unternehmen in Anspruch genommen werden.

III.1 Ausschlusskriterien

Eignungskriterien, deren **Nichterfüllung zum Ausschluss führt** sind:

1. Abgabe einer vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Eigenerklärung (**Dokument 3a-2**) oder **EEE gemäß § 50 VgV** – bei Bewerbergemeinschaften und Eignungsleihe von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft und anderen Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bedient.
2. Je nach Eintragung ein **Auszug aus dem Handelsregister**.
Hierfür hat eine Erklärung an der dafür vorgesehenen Stelle in der Eigenerklärung (**Dokument 3a-2**) und die Einreichung eines Auszugs aus dem Handelsregister zu erfolgen.
3. Ausgefüllte Vereinbarung zur Einhaltung der **Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Dokument 3a-3)**.

Diese Vereinbarung wird mit Zuschlagserteilung Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Auftraggeberin und der den Zuschlag erhaltenen Bieter.

4. Ausgefüllte Eigenerklärung Russlandsanktionen (**Dokument 3a9**).
5. **Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung** mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensfall in Höhe von € 10 Mio. pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Sollte eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer geringeren Deckungssumme bestehen, ist neben dem Nachweis der bestehenden Versicherung eine Bestätigung der Versicherung beizufügen, dass im Auftragsfall die Versicherungssumme wie gefordert erhöht wird. Bei einer Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied zu führen. Die Versicherung muss während der gesamten Auftragsdauer aufrechterhalten werden. Die Versicherungssummen müssen jeweils für mindestens zwei Haftungsfälle pro Jahr zur Verfügung stehen und auch die Haftung für etwaige Nachunternehmer umfassen.

Hierfür hat eine Erklärung an der dafür vorgesehenen Stelle in der Eigenerklärung (**Dokument 3a-2**) und die Einreichung einer Versicherungsbestätigung über das Bestehen oder den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Falle der Auftragserteilung zu erfolgen.

6. **Durchschnittlicher Gesamtjahresumsatz** der Bewerber oder der Bewerbergemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in Höhe von **mindestens 400.000,00 € netto und ein durchschnittlicher jährlicher Umsatz der Bewerber in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren für selbst erbrachte vergleichbare Leistungen in Höhe von mindestens 100.000,00 € netto**.

Hierfür hat eine Erklärung an der dafür vorgesehenen Stelle in der Eigenerklärung (**Dokument**

3a-2) und für den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz die Einreichung einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters, testierter Jahresabschlüsse oder testierter Gewinn- und Verlustrechnungen zu erfolgen.

Hinweis: Die Stadt Wittenberge geht davon aus, dass teilweise für das Jahr 2025 noch keine testierten Jahresabschlüsse oder GuV-Rechnungen vorliegen. In diesem Fall ist im Sinne der 1. Alternative die Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters in Form einer einfachen Umsatzbestätigung ausreichend.

7. Erklärung, dass bei dem Bewerber einschließlich etwaiger Nachunternehmer in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023 – 2025) durchschnittlich **mindestens 4 Mitarbeiter** (Vollzeit- inkl. Führungskräfte) tätig waren, von denen mindestens
- zwei eine Befähigung als Eisenbahnbetriebsleiter haben.

Die Zahl der Mitarbeiter ist in der **Eigenerklärung (Dokument 3a-2)** einzutragen. Als Nachweis der Befähigung für eine Tätigkeit als Eisenbahnbetriebsleiter sind in Kopie die Prüfungsurkunden nach der Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV) oder mit diesen vergleichbare Urkunden/Zugnisse mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

8. Realisierung von mindestens zwei Vorhaben über mindestens 24 Monate mit zu den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbaren technischen Betriebsführungen seit dem 01.01.2021.

Vergleichbarkeitsparameter:

Mindestanforderungen:

- Technische Betriebsführungsleistungen für einen öffentlichen Auftraggeber
- Öffentliche Eisenbahn mit einer Serviceeinrichtung gemäß § 2 Nr. 9 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG)

Die beiden Mindestanforderungen können jeweils in einer oder in zwei Referenzen erfüllt sein. Zur vollständigen Erfüllung der Mindestanforderungen müssen mindestens zwei Referenzen beigebracht werden. Die zweifache Erfüllung beider Mindestanforderungen kann auch durch bis zu vier Referenzen nachgewiesen werden.

Die Referenzen sind einzeln in den dafür bereitgestellten Referenzbogen (**Dokument 3a-5**) einzutragen. Pro Referenz ist ein Bogen zu verwenden.

III.2. Wertungsrelevante Eignungskriterien

Eignungskriterien mit Wertungsrelevanz:

1. Durchschnittlicher Gesamtjahresumsatz netto des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (300 Punkte):
 - a. ab 400.000,00 € bis 599.999,99 € netto 50 Punkte
 - b. ab 600.000,00 € bis 799.999,99 € netto 100 Punkte.
 - c. ab 800.000,00 € netto 150 Punkte

Hierfür hat eine Erklärung an der dafür vorgesehenen Stelle in der Eigenerklärung (**Dokument 3a-2**) und die Einreichung einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters, testierter Jahresabschlüsse oder testierter Gewinn- und Verlustrechnungen zu erfolgen.

2. Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter (Vollzeit- inkl. Führungskräfte) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023 – 2025) (300 Punkte),

- a. 4 VZE – 24 Punkte
- b. 5 VZE – 36 Punkte
- c. 6 VZE – 48 Punkte
- d. 7 VZE – 60 Punkte
- e. 8 VZE – 72 Punkte

von denen

- a) zwei eine Befähigung als Eisenbahnbetriebsleiter haben – 10 Punkte
- b) drei eine Befähigung als Eisenbahnbetriebsleiter haben – 20 Punkte
- c) vier eine Befähigung als Eisenbahnbetriebsleiter haben – 30 Punkte.

Die Zahl der Mitarbeiter ist in der Eigenerklärung (Dokument 3a-2) einzutragen.

3. Referenzen (maximal drei Stück) mit zu den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbaren technischen Betriebsführungen über mindestens 24 Monate seit dem 01.01.2016. (400 Punkte)
- a) Technische Betriebsführungsleistungen für einen öffentlichen Auftraggeber – 33,3 Punkte je Referenz;
 - b) Öffentliche Eisenbahn mit einer Serviceeinrichtung gemäß § 2 Nr. 9 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) – 40 Punkte je Referenz;
 - c) Öffentliche Eisenbahn mit mehreren Serviceeinrichtungen gemäß § 2 Nr. 9 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) – 60 Punkte je Referenz.

Die besonderen Qualifikationsmerkmale können auch mit Referenzen erfüllt werden, die die Mindestanforderungen ganz oder teilweise erfüllen.

Die Referenzen sind je einzeln in den dafür bereitgestellten „Referenzbogen“ (Dokument 3a-5) einzutragen.

III.3 Auswahl der Bewerber

Bewerber, die die unter **Ziff. III. 1.** dieser Bewerbungsbedingungen dargestellten Eignungskriterien nicht erfüllen, werden ausgeschlossen. Von der Wertung ausgeschlossen werden im Übrigen Teilnahmeanträge nach Maßgabe von § 57 VgV.

Aus den danach verbleibenden Bewerbern werden auf Grundlage des unter **Ziff. III. 2.** dieser Bewerbungsbedingungen dargestellten Punktesystems und der getätigten Angaben der teilnehmenden Bewerber die fünf bestgeeigneten Bewerber ausgewählt und zur Abgabe von

Angeboten aufgefordert.

Die nicht in dem Verfahren unter **Ziff. III. 2.** dieser Bewerbungsbedingungen ausgewählten und damit nicht zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bewerber scheiden trotz grundsätzlich bestehender Eignung aufgrund der vorgenommenen Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, aus. Sie erhalten hierüber eine textliche Mitteilung.

IV. Zuschlagskriterien und Angebotswertung

IV.1 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 58 Abs. 1 VgV und § 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot.

Alle Informationen zu den Zuschlagskriterien, ihrer Gewichtung und den Bewertungsmethoden sind in der Anlage 3b-2. Angebotsblatt enthalten.

IV.2 Ausschluss von Angeboten von der Wertung

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote nach Maßgabe der §§ 57, 60 VgV.

Besonderer Hinweis:

Bitte beachten Sie unbedingt, dass Änderungen an den Vergabeunterlagen nach § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV zwingend den Ausschluss vom Verfahren zur Folge haben, die Auftraggeberin also nach dem Gesetz keine Entscheidungsalternativen hat. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind im Interesse des Bieters also unbedingt zu vermeiden. Dabei gilt ein weites Verständnis des Begriffes der Änderungen an den Vergabeunterlagen. Dazu zählt etwa auch, wenn ein Bieter mit ihrem finalen Angebot die von der Auftraggeberin bereitgestellten Formblätter nicht nur an den dafür vorgesehenen Stellen ausfüllt, sondern darüber hinaus durch textliche Zusätze an den Felderbezeichnungen durch die Auftraggeberin in den Formblättern Änderungen vornimmt oder in ihrem Angebotsschreiben ausführt, dass sie bestimmten Bestimmungen des Projektsteuerungsvertrages einen bestimmten Inhalt beimisst oder diese in bestimmter Weise ergänzt/geändert wissen möchte. Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte unbedingt den Hinweis unter Ziff. I. 11. in diesen Bewerbungsbedingungen.